



Stärker werden – menschlich bleiben Kommunalpolitik braucht eigenen Stellenwert

„Sagen was man tut und tun, was man sagt“, als hätten sich Peer Steinbrück und Harald Schartau dieses Postulat von Johannes Rau zu eigen gemacht, liegt der SPD jetzt der Entwurf des Regierungsprogramms vor, der sich von allen Vorgängern durch eines unterscheidet: die Kürze. Gerade einmal 20 Seiten umfasst der Entwurf (zum Vergleich: die Grünen mit 150 Seiten), den die Delegierten auf dem Landesparteitag am 11./12. Februar verabschieden werden. Das Programm solle „lesbar“ bleiben, „verstanden werden“, „wesentliche Ziele und Maßnahmen“ benennen, „Menschen erreichen“. Der Zweifel an der Wirkung allumfassender Parteiprogramme schwingt mit, gepaart mit dem Anspruch nach Realismus, Klarheit, kurzum, Politik, die auch konkret umsetzbar ist.

„Stärker werden – menschlich bleiben“, der Titel ist gleichermaßen Programm. NRW, das starke Bundesland, erfolgreich im Strukturwandel, muss sich den Herausforderungen stellen, seine Potentiale nutzen, Chancen ergreifen, ergo: stärker werden. Allein, der scharfe Wind des Wettbewerbs ist weder Garant sozialer Gerechtigkeit noch von Sicherheit. Menschlich bleiben markiert deshalb ein Kennzeichen sozialdemokratischer Politik: Solidarität als Prinzip, gesellschaftlicher Zusammenhalt als Maßstab politischen Handelns.

Gerade die Kernbotschaften des Programms stellen für die Kommunalpolitik eine große Herausforderung dar:

ERFOLGREICH STARTEN. Wer die „Kleinen groß rausbringen“, also die „Betreuungskette“ schließen will, braucht handlungsfähige Kommunen, angefangen von Angeboten für die unter Dreijährigen über Kindergärten und offene Ganztagschulen, in denen 200.000 Plätze entstehen sollen, bis zu den Maßnahmen der Jugendförderung. Herkunft soll nicht Zukunft bestimmen, Bildung und Betreuung sind die Schlüsselbereiche, die gleiche Startchancen für unsere Kinder sicherstellen.

ARBEIT UND INNOVATION. Ähnlich eng ist die Verknüpfung erfolgreicher Landeswirtschaftspolitik mit der kommunalen und regionalen Wirtschaftsförderung. Mittelstandspolitik, Bestandspflege und –entwicklung gehören längst zum Repertoire erfolgreicher Kommunen. Das Ziel, einen Energiemix zu sichern, der einseitige Abhängigkeiten reduziert, eigene Potentiale, auch der regenerativen Energien fördert, sind für eine erfolgreiche kommunale Wirtschaftspo-

litik ebenso unverzichtbar wie die Schaffung einer leistungsfähigen Verkehrsinfrastruktur.

Schließlich ist die Ankündigung, den öffentlich-rechtlichen Status der Sparkassen zu sichern, kleine und mittlere Unternehmen ins Zentrum der Förderpolitik zu stellen, junge Unternehmen nachhaltig zu unterstützen und Bürokratieabbau forciert zu betreiben, eine Konstante für die Kommunen.

DIE CHANCEN DES LANGEN LEBENS sind die Antwort auf eine Debatte, die unter dem Begriff des demografischen Wandels allzu sehr Risiken und Kosten einer älter werdenden Gesellschaft thematisierte, statt ihren Gewinn zu entdecken.

Angefangen von einer qualitativollen Gesundheitsversorgung über die Auswirkungen der Gesundheitswirtschaft oder den Chancen älterer Menschen auf dem Arbeitsmarkt bis zur Förderung ehrenamtlicher Arbeit, werden die Felder und Maßnahmen aufgezeigt, die die Kommunen in den kommenden Jahren bedrängen und wo sie auf besonderen Hilfe des Landes angewiesen sein werden.

DIE FRIEDFERTIGE GESELLSCHAFT schließlich will gewissermaßen die soziale, solidarische Gesellschaft nicht nur aus politisch-moralischer, sondern auch aus volkswirtschaftlicher Perspektive: Wer den gesellschaftlichen Frieden missachtet, befördert eine Gesellschaft, deren soziale Kosten auch den wirtschaftlichen Erfolg gefährden.

Stärker noch als in anderen Kapiteln werden die Bezüge zur Kommunalpolitik sichtbar. Die Bekämpfung von Kinderarmut, die Gefährdung ganzer Stadtteile, in denen sich berufliche Perspektivlosigkeit mit sozialem Abstieg und kultureller Isolation vermischen, werden als Risiken klar benannt. Dagegen wird das Bild einer sozialen Stadt entworfen, die die Unterstützung durch Bildung und Jugendhilfe, Städtebauförderung und Wohnungspolitik, also Landesstrukturpolitik im komplexen Sinne verlangt und die politische Bereitschaft dazu erklärt. Die solidarische Gesellschaft, nicht der Turbo-Kapitalismus oder die McKinsey-Gesellschaft Konservativer und Ordo-Liberaler, bleibt der politische Gestaltungsanspruch dieses Entwurfes.

Die SPD wäre kaum sie selbst, würde der Programmwurf ohne weitere Debatten zur Grundlage künftiger Regierungspolitik. Es wird Diskussionen, Änderungs- und Ergänzungsanträge geben. Ein Programm mit dem Mut zur Lücke ist sicher eine zeitgemäße Antwort auch auf die Erwartungen der Bevölkerung, die längst (wenn überhaupt jemals) ihr Interesse an umfassenden Parteikonvoluten verloren hat.

Programme sind aber auch Wege der Selbstverständigung von Parteien über ihre eigenen Perspektiven. Wer so deutlich wie der vorliegende Entwurf politische Ziele aufzeigt, die auf eine gute Zusammenarbeit mit der kommunalen Selbstverwaltung angewiesen sind, ist gut beraten, der Kommunalpolitik einen eigenen Stellenwert zu geben. Der ist im Programm bisher kaum erkennbar und wird nachzuholen sein. Andererseits: Die KommunalpolitikerInnen können sich mit der SPD einer politischen Kraft sicher sein, die die Notwendigkeiten der Zeit erkannt hat: Zukunft gewinnen – das Herz nicht verlieren.

Familienpolitik...

...und Steuern

Joachim Poß, MdB,

Seite 2

...der Landesregierung

Ministerin Birgit Fischer

Seite 3

...als kommunale Aufgabe

Oberbürgermeisterin Beate Wilding

Seite 4

...im Bündnis

über 100 Städte sind dabei

Seite 5

Wohnungsbauprogramm 2005

Mietwohnungsbau, Wohnen im Alter

Seite 5

Anti-Korruptions-Gesetz NRW

Seite 7

INHALT

Peerspektiven

Nein, der 22. Mai ist weder ein Gedenktag an die Gründerzeit der SPD noch eine Prognose über die Dauer ihrer Regierungszeit in NRW.

Genau an diesem Tag vor 130 Jahren vereinigten sich in Gotha die Sozialdemokratische Arbeiterpartei (SDAP) von Wilhelm Liebknecht und August Bebel zur Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands, der heutigen SPD. Was sind da schon 38 Regierungsjahre in NRW?

Es geht am 22. Mai – wie es Harald Schartau bei Gelegenheit unter Berufung auf den Gründer der französischen Sozialisten formuliert – nicht darum, „die Asche der Vergangenheit zu bewahren, sondern das Feuer in die Zukunft zu tragen“.

Bis zum Datum der Landtagswahl hat die SPD noch eine große Kraftanstrengung zu erfüllen. „Hochmut kommt vor dem Fall“, stellt Peer Steinbrück im Rund des Apollo-Varietes beim SPD-Neujahrsempfang zur Rüttgers-CDU fest, die im Hochgefühl der Meinungsumfragen des letzten Jahres schon die Kabinettposten verteilt und warnt vor Siegesgewissheit bei der SPD.

Glossiert

Obwohl ein Blick auf den Erfinder der „Rolle-Rüttgers“ die Zuversicht wachsen lässt.

Just zu der Zeit, in der die Menschen karnevalistisch ans Verkleiden denken, bröckelt die Maske der CDU und sie befindet sie sich auf kontinuierlichem Sinkflug. Endlich wissen wir wieder, dass Bierdeckel vor allem Träger gleichnamiger Gläser und eben nicht von Steuererklärungen sind, was auch 2004 nur glauben konnte, wer zuvor allzu häufig das Bierglas vom selbigen Deckel geleert und so den Blick getrübt hatte.

Ernüchterung also bei der und über die CDU, ihre Steuerdeckel und das ebenso einfache „Lohnnebenkosten-abkoppelungs-einheitspauschal-steueranteil-modell“ wie die Süddeutsche Zeitung die „Kopfpauschale“ treffend übersetzte. Kopfpauschalen sind nur in Einzelfällen angemessen: Ob Blömer, Arentz oder Meier – darüber kreist der Geier, möchte man im Schiller-Jahr reimen.

Apropos: „Ein guter Abgang ziert die Übung“ hinterließ uns unser Klassiker. Was gleichsam als pyrotechnischer Sprengsatz mit explosiver politischer Außenwirkung gezündet wurde, verpuffte geräuschlos als dumpfe Implosion. Nicht unwahrscheinlich, dass der neuen Nummer ein ähnliches Schicksal bevorsteht: Gemeinsam mit dem Erfinder des politischen Bierdeckels, das größte Kartenhaus in NRW zu basteln, denn sie haben bekanntlich die Stabilität von Luftschlossern.

Was bleibt, sind einfache Sätze. „Jetzt oder nie“ lautet die Rüttgers-Formel als ginge es um Entscheidungen für die Ewigkeit, die nüchtern betrachtet doch nur seine eigene Zukunft begrenzen. Als Entgegnung zur klaren Alternative von Peer Steinbrück: „Er oder ich“ fällt die Schlussfolgerung leicht:

Jetzt, das ist Peer,

nie – das ist er.

Schließlich hat Jürgen Rüttgers noch nie eine Wahl gewonnen, warum sollte sich das ändern?

So einfach ist das, womit wir auch der Pflicht genügen, eine Empfehlung des zweiten großen Jubilars dieses Jahres, Albert Einstein, aufzugreifen: „Man soll die Dinge so einfach machen wie es geht. Aber nicht noch einfacher.“

Bernhard Daldrup